

Wohnen in der Senf-Fabrik

Wo einst Senf, Mayo und Kaffeeersatz produziert wurden, entsteht auf dem Franck-Areal im Klybeck-Quartier eine vielseitige Nutzung.

Tobias Gfeller

Der Kamin mit dem weit über Basel hinaus bekannten Namen «Thomy» ragt rund 70 Meter in die Höhe. Hier soll einst mit vier Seillängen geklettert werden, frohlockt Matz Hill, Technischer Leiter des Franck-Areals. Auf dem ersten öffentlichen Rundgang durch das Gelände im unteren Kleinbasel folgten gegen hundert Personen den Erklärungen von Hill und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Entwicklungsgruppe Wegwarte AG.

Sie führen das rund 12'000 Quadratmeter grosse Areal aus der Industriezeit in die Zukunft, wobei das Industriezeitalter keinesfalls ganz zu Ende sein muss. Keine Idee scheint zu verrückt, um nicht wenigstens an sie zu denken. Doch wer denkt, hier würden zwischen grauen Industriemauern, in über zehn Meter hohen Silos und in einstigen Lagerhallen Luftschlösser gebaut, irrt.

Das Areal soll einst selbsttragend sein. Der Staat ist nicht involviert, kann daher nicht dreinreden, betont Matz Hill. «Wir wollen einen gesunden Mix, wir müssen davon auch leben können.» Deshalb dürfe es aufgrund des Klumpenrisikos nicht zu viele staatlich subventionierte Betriebe auf dem Areal geben. In den Nutzungsmix gehören auch Wohnraum und Büros, wobei es nicht die Idee ist, dass einzelne rentable Bereiche andere weniger rentable Bereiche querfinanzieren.

Mehr Marketingerfolg mit «Y» statt «I»

Der Name «Franck» stammt vom deutschen Unternehmen Heinrich Franck Söhne, das 1884 mit einer Fabrik nach Basel expandierte. Unter anderem wurde in Basel das Kaffee-Ersatzprodukt «Franck Aroma» aus den Wurzeln der einheimischen Zichorienpflanze, auch Wegwarte genannt, hergestellt. Nach der Fusion mit dem Schweizer Senfproduzenten Helvetia wurde der Name in



Knapp zwei Dutzend Interessierte waren auf dem Rundgang dabei.

Bilder: Juri Junkov

«Interessierte können sich seit Beginn einbringen.»

Matz Hill
Technischer Leiter

Thomi + Franck geändert. 1934 brachte das neugegründete Unternehmen die Senfmarke Thomy auf den Markt, 1951 folgte die erste industriell hergestellte Mayonnaise. Mit dem «Y» im Namen erhofften sich die Verantwortlichen international bessere Erfolgsaussichten.

Beide Parteien verkauften bis 1984 ihre Firmenanteile an Nestlé. Nach dem Entscheid, am Standort Basel künftig nur noch Senf und Mayonnaise für den Heimmarkt und das nahe Ausland herzustellen, verlagerte oder veräusserte der Nahrungsmittelkonzern 2019 alle anderen bis dahin in Basel produzierten Marken. 2022 verkaufte Nestlé den frei gewordenen Westteil des Grundstücks an die Erben der Familie Eckenstein und die dafür gegründete Kultquartier Immobilien AG. Damit wurde der Grundstein für die Transformation des Franck-



12'000 Quadratmeter ist die zu bespielende Fläche.

Areals gelegt. Für die operative Umsetzung des Projekts ist seit 2023 die Wegwarte AG verantwortlich.

Ambitionierte Ziele im Bereich Nachhaltigkeit

Die Geschwister Eckenstein sind bereit, die enormen Aufwendungen – gerade auch hinsichtlich der ambitionierten Nachhaltigkeitsziele – zu leisten. Matz Hill nannte auf dem Rundgang auf Nachfrage eines Teilnehmers 100 Millionen Franken als ungefähre Investitionssumme. Dafür brauche es auch Stiftungen, Pensionskassen und die Bank. Gemäss Plan sollen bis 2032 sämtliche Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Eine der Herausforderungen betrifft die Belichtung und Begrünung innerhalb des Areals, da sich wenige Flächen ausserhalb der Steinmauern befinden.

Bereits in der zweiten Spielzeit befindet sich das Tanzhaus Basel, das zum festen Mieter geworden ist. Das Bistro Francka, ein Ableger des Restaurants du Coeur von Soup & Chill-Gründerin Claudia Adrario de Roche, soll der Startschuss für ein breites Gastronomieangebot sein. Weitere Gastronomieflächen sind in Planung, um trotz fehlender Laufkundschaft Publikum aufs Areal zu locken. Matz Hill ist überzeugt, dass die Entwicklungen auf dem Franck-Areal einem Bedürfnis entsprechen. Die Nachbarschaft und Interessierte können sich seit Beginn im Rahmen der «Garagengespräche» einbringen.

Das Interesse für den Rundgang war gross. Gerade Objekte wie Öfen und Mühlen der Rösterei, die gefühlt jederzeit wieder in Betrieb gehen könnten, sorgten für staunende Blicke. Zu einem Anker des Franck-Areals soll das mehrere Stockwerke hohe Kreislaufhaus in der ehemaligen Alutauben-Produktionshalle werden, in dem unterschiedliche Anbieter im Bereich der Zirkulärwirtschaft Räumlichkeiten mieten können.

Baselbieter Gemeinden haben zweite Uni-Initiative im Köcher

Der Landrat wird nächste Woche wohl eine Initiative für eine neue Uni-Finanzierung für ungültig erklären. Die Initianten haben vorgesorgt.

Hans-Martin Jermann

Am kommenden Donnerstag steht im Baselbieter Landrat – einmal mehr – eine Debatte über die gemeinsam mit Basel-Stadt getragene Universität an. Auslöser ist eine Initiative von elf Oberbaselbieter Gemeinden, die erstens eine Beteiligung weiterer Kantone an der Uni fordert. Kommt eine solche breiter abgestützte Trägerschaft nicht zustande, so muss Baselland zweitens per Ende 2027 den Univertrag mit Basel-Stadt aufkündigen. Hinter der Initiative steht die Idee, dass der Kanton finanzschwache Gemeinden stärker unterstützen könnte,

100 Millionen Franken würde der Kanton Baselland pro Jahr sparen, wäre er nicht mehr Trägerkanton der Universität.

wenn er in der Uni-Finanzierung entlastet wird.

Beschwerde beim Kantonsgericht möglich

Der zweite Passus der Initiative ist nach Ansicht der Regierung sowie der vorberatenden Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats ungültig. Dass die Regierung per Initiative ultimativ

aufgefordert werde, den Univeritätsvertrag zu kündigen – und nicht etwa, Verhandlungen für einen neuen Vertrag aufzunehmen –, sei mit der Kompetenzordnung in der Kantonsverfassung nicht vereinbar, argumentiert die Regierung.

Thomas Zumbunn, Präsident der für die Initiative federführenden Gemeinde Rütenberg, schüttelt den Kopf: «Das Argument, dass nur die Regierung Staatsverträge kündigen darf, hält unseres Erachtens nicht stand.» Er befürchtet aber, dass der Landrat – aus politischen Gründen – die Initiative für in Teilen ungültig erklärt. In diesem Fall käme bloss der rest-

liche Teil, wonach Baselland alle möglichen Schritte für eine neue interkantonale Uni-Trägerschaft unternehmen müsse, zur Abstimmung.

«Ohne Kündigungsklausel wird Kanton nicht tätig»

Aus Sicht der Initianten allerdings ein zahlloser Papiertiger: «Ohne Kündigungsklausel wird der Kanton weiterhin nichts unternehmen. Er hätte ja schon seit vielen Jahren auf eine Mitfinanzierung der Uni durch weitere Kantone hinwirken können», sagt Zumbunn. Man werde prüfen, einen allfälligen Entscheid zur Rechtsungültigkeit mit einer Beschwerde vor dem Kantons-

gericht anzufechten. Nur: Ein solches Verfahren würde wohl Jahre dauern.

Deshalb wollen Zumbunn und seine Mitstreitenden nun auf anderem Wege den Druck aufrecht erhalten: Mit einer neuen Initiative, die weniger Angriffsfächen bietet, aber inhaltlich kompromissloser ist. Die Initiative mit dem Arbeitstitel «Baselland finanziert die Uni wie andere Kantone» wird fordern, dass der Kanton definitiv und so rasch wie möglich zu einer Kostenbeteiligung an der Uni gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) zurückkehrt, falls er bis Ende 2029 keine faire finanzielle Be-

teiligung anderer Kantone zustande gebracht hat.

Damit würden sich die Beiträge an die Uni gegenüber heute mehr als halbieren, der Kanton könnte rund 100 Millionen Franken pro Jahr sparen. Zumbunn findet, dass die Regierung keine echten Anstrengungen unternommen habe, um den Landkanton bei der Finanzierung der Universität Basel zu entlasten: Schon im Univertrag von 2007 stehe, dass die Trägerschaft erweitert werden soll. «Die Regierungen beider Basel begnügen sich allerdings damit, am Kostenteiler zu schreiben. Wir drehen uns im Kreis», fasst Zumbunn zusammen.